



Ausschuss für Haushaltskontrolle

18. Sitzung (öffentlich)

11. Juni 2024

Düsseldorf – Haus des Landtags

13:31 Uhr bis 14:00 Uhr

Vorsitz: Anke Fuchs-Dreisbach (CDU) (stellv. Vorsitzende)

Protokoll: Dr. Alexander Happ

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

- 1 Teil B: Prüfungsergebnisse aus dem Bereich der Landesregierung aus dem Jahresbericht 2023 des Landesrechnungshofs Nordrhein-Westfalen über das Ergebnis der Prüfungen im Geschäftsjahr 2022**
Beitrag 14: Experimentierfreude des Ministeriums nicht belohnt (*Beschlussvorschlag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP [s. Anlage 1]*)

7

Vorlage 18/1511

Bericht
des Landesrechnungshofs Nordrhein-Westfalen
Vorlage 18/2424

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/2626

– Abstimmung

– Wortbeiträge

Der Ausschuss stimmt dem Beschlussvorschlag mit den Stimmen aller Fraktionen zu.

- 2 Teil B: Prüfungsergebnisse aus dem Bereich der Landesregierung aus dem Jahresbericht 2023 des Landesrechnungshofs Nordrhein-Westfalen über das Ergebnis der Prüfungen im Geschäftsjahr 2022**
Beitrag 25: Fluggastkontrollen führen zu vermeidbaren finanziellen Belastungen des Landes (*Beschlussvorschlag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP [s. Anlage 2]*) **9**
- Vorlage 18/1511
- Bericht
des Landesrechnungshofs Nordrhein-Westfalen
Vorlage 18/2425
- Abstimmung
- Wortbeiträge
- Der Ausschuss stimmt dem Beschlussvorschlag mit den Stimmen aller Fraktionen zu.
- 3 Teil B: Prüfungsergebnisse aus dem Bereich der Landesregierung aus dem Jahresbericht 2023 des Landesrechnungshofs Nordrhein-Westfalen über das Ergebnis der Prüfungen im Geschäftsjahr 2022**
Beitrag 28: Ein neues Verfahren für Bauaufträge beim Bau- und Liegenschaftsbetrieb Nordrhein-Westfalen (*Beschlussvorschlag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP [s. Anlage 3]*) **10**
- Vorlage 18/1511
- Bericht
des Landesrechnungshofs Nordrhein-Westfalen
Vorlage 18/2426
- Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/2642
- Abstimmung
- keine Wortbeiträge
- Der Ausschuss stimmt dem Beschlussvorschlag mit den Stimmen aller Fraktionen zu.

- 4 Teil B: Prüfungsergebnisse aus dem Bereich der Landesregierung aus dem Jahresbericht 2023 des Landesrechnungshofs Nordrhein-Westfalen über das Ergebnis der Prüfungen im Geschäftsjahr 2022**
Beitrag 29: Der Bau- und Liegenschaftsbetrieb Nordrhein-Westfalen auf dem Weg zu einem modernen Immobilienunternehmen (Beschlussvorschlag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP [s. Anlage 4]) 11

Vorlage 18/1511

Bericht
des Landesrechnungshofs Nordrhein-Westfalen
Vorlage 18/2427

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/2640

– Abstimmung

– keine Wortbeiträge

Der Ausschuss stimmt dem Beschlussvorschlag mit den Stimmen aller Fraktionen zu.

- 5 Teil B: Prüfungsergebnisse aus dem Bereich der Landesregierung aus dem Jahresbericht 2023 des Landesrechnungshofs Nordrhein-Westfalen über das Ergebnis der Prüfungen im Geschäftsjahr 2022**
Beitrag 30: Mehr Tempo nötig beim Ausbau der Photovoltaik beim Bau- und Liegenschaftsbetrieb Nordrhein-Westfalen (Beschlussvorschlag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP [s. Anlage 5]) 12

Vorlage 18/1511

Bericht
des Landesrechnungshofs Nordrhein-Westfalen
Vorlage 18/2428

– Abstimmung

– keine Wortbeiträge

Der Ausschuss stimmt dem Beschlussvorschlag mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP bei Enthaltung der AfD-Fraktion zu.

6 Teil B: Prüfungsergebnisse aus dem Bereich der Landesregierung aus dem Jahresbericht 2023 des Landesrechnungshofs Nordrhein-Westfalen über das Ergebnis der Prüfungen im Geschäftsjahr 2022

Beitrag 32: Besteuerung von Arbeitnehmer/-innen: Fehlerhafte Berücksichtigung von Werbungskosten führt zu Steuerausfällen von circa 22 Millionen Euro jährlich (Beschlussvorschlag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP [s. Anlage 6] und Beschlussvorschlag der Fraktion der SPD [s. Anlage 7])

13

Vorlage 18/1511

Bericht
des Landesrechnungshofs Nordrhein-Westfalen
Vorlage 18/2429

– Abstimmung

– Wortbeiträge

Der Ausschuss lehnt den Beschlussvorschlag der SPD-Fraktion mit den Stimmen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und AfD gegen die Stimmen der SPD-Fraktion ab.

Der Ausschuss stimmt dem Beschlussvorschlag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und AfD bei Enthaltung der SPD-Fraktion zu.

7 Teil B: Prüfungsergebnisse aus dem Bereich der Landesregierung aus dem Jahresbericht 2023 des Landesrechnungshofs Nordrhein-Westfalen über das Ergebnis der Prüfungen im Geschäftsjahr 2022

Beitrag 33: Besteuerung außerordentlicher Einkünfte: Unzureichende Bearbeitung führt zu Steuerausfallrisiko von mindestens 13,1 Millionen Euro jährlich (Beschlussvorschlag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP [s. Anlage 8] und Beschlussvorschlag der Fraktion der SPD [s. Anlage 9])

15

Vorlage 18/1511

Bericht
des Landesrechnungshofs Nordrhein-Westfalen
Vorlage 18/2430

– Abstimmung

– Wortbeiträge

Der Ausschuss lehnt den Beschlussvorschlag der SPD-Fraktion mit den Stimmen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und AfD gegen die Stimmen der SPD-Fraktion ab.

Der Ausschuss stimmt dem Beschlussvorschlag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und AfD bei Enthaltung der SPD-Fraktion zu.

8 Verschiedenes

16

hier: **Sitzungstermine 2025** (s. Anlage 10)

Im Ausschuss erhebt sich kein Widerspruch gegen die am 29. Mai 2024 den Fraktionen per E-Mail vorgeschlagenen Sitzungstermine für das Jahr 2025.

* * *

1 Teil B: Prüfungsergebnisse aus dem Bereich der Landesregierung aus dem Jahresbericht 2023 des Landesrechnungshofs Nordrhein-Westfalen über das Ergebnis der Prüfungen im Geschäftsjahr 2022

Beitrag 14: Experimentierfreude des Ministeriums nicht belohnt (Beschlussvorschlag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP [s. Anlage 1])

Vorlage 18/1511

Bericht
des Landesrechnungshofs Nordrhein-Westfalen
Vorlage 18/2424

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/2626

– Abstimmung

Dr. Gregor Kaiser (GRÜNE) begrüßt, dass das Ministerium des Innern zu diesem Beitrag im Nachgang der intensiven Debatte in der 16. Ausschusssitzung einen klarstellenden Bericht vorgelegt habe. Zwar habe auf dessen Grundlage der heutige Beschlussvorschlag erarbeitet werden können, allerdings bitte er darum, Grafiken zukünftig in einer ausreichenden Bildqualität zur Verfügung zu stellen.

Einen zentralen Punkt des Beschlussvorschlags stelle die Erwartung an das IM dar, eine Strategie zur mittel- und langfristigen wirtschaftlichen Vernichtung von aufgefundenen Kampfmitteln zu erarbeiten. Je nach Dauer ihrer Erarbeitung werde der Ausschuss für Haushaltskontrolle auf dieses Thema zurückkommen.

Direktor beim Landesrechnungshof Andreas Zelljahn merkt an, dass das IM die Vorlage erst zum Ende der vergangenen Woche vorgelegt habe und der Landesrechnungshof hierüber nicht separat informiert worden sei. Die bislang fehlende Gelegenheit zur Erwidern bzw. Klarstellung falle jedoch nicht ins Gewicht, und es bedürfe auch keines neuerlichen Beschlusses des großen Kollegiums, da die ursprünglichen Feststellungen des LRH unverändert Gültigkeit besäßen.

Demensprechend könne der Munitionszerlegebetrieb in Hünxe statt der ursprünglich angekündigten 120 t Nettoexplosivstoffmasse lediglich 5,5 t vernichten. Zwar ließen die durch das IM zur Verfügung gestellte aktualisierte Grafik und der Text der Vorlage vermuten, dass in Hünxe insgesamt 47,1 t vernichtet worden seien, tatsächlich hätten die Mengen über die genannten 5,5 t hinaus jedoch durch die bundeseigene Gesellschaft zur Entsorgung von chemischen Kampfstoffen und Rüstungsallasten in Munster oder durch andere Dritte fremdentsorgt werden müssen.

Die Wirtschaftlichkeit der Anlage und welche Konsequenzen entsprechend zu erfolgen hätten, bleibe unklar. Das IM möge den Ausschuss beizeiten über das weitere Vorgehen informieren.

MR Armin Gebhard (IM) zufolge führte die Unterscheidung zwischen Gesamtgewicht und Nettoexplosivstoffmasse zu Missverständnissen; sie sei jedoch aufgrund der unterschiedlichen in Hünxe vernichteten Munitionsarten notwendig. Im vorliegenden Bericht werde eindeutig von etwa 47 t Gesamtgewicht, also der Bruttomasse der Kampfmittel, gesprochen. Auch wenn ein Großteil der ausgedüsten und verpackten Kampfstoffe fremdentsorgt werde, Sorge die Thermische Entsorgungsanlage dafür, den übrigbleibenden Metallschrott sicher dem Schrottkreislauf zufügen zu können.

Erst die im Beschlussvorschlag geforderte Strategie werde wohl zu weiteren Klarstellungen hinsichtlich der künftigen Vorgehensweise der Kampfmittelvernichtung und ihrer Wirtschaftlichkeit beitragen, so **Dirk Wedel (FDP)**. Er wünsche zu erfahren, wie viel Zeit das IM für die Aufstellung dieser Strategie benötige.

Da er den Beschluss und somit die gewünschte Detailtiefe der Strategie noch nicht kenne und außerdem im Vorfeld mit anderen Einrichtungen über die Preisgestaltung gesprochen werden müsse, könne er momentan keine Zeitspanne zusagen, erwidert **MR Armin Gebhard (IM)**. Vorläufig und inoffiziell gesprochen rechne er jedoch mit einem Zeitrahmen von mindestens sechs Monaten.

Der Ausschuss stimmt dem Beschlussvorschlag mit den Stimmen aller Fraktionen zu.

2 Teil B: Prüfungsergebnisse aus dem Bereich der Landesregierung aus dem Jahresbericht 2023 des Landesrechnungshofs Nordrhein-Westfalen über das Ergebnis der Prüfungen im Geschäftsjahr 2022

Beitrag 25: Fluggastkontrollen führen zu vermeidbaren finanziellen Belastungen des Landes (Beschlussvorschlag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP [s. Anlage 2])

Vorlage 18/1511

Bericht
des Landesrechnungshofs Nordrhein-Westfalen
Vorlage 18/2425

– Abstimmung

Da in der 16. Ausschusssitzung kein Vertreter des Ministeriums für Umwelt, Naturschutz und Verkehr anwesend gewesen sei, wiederholt **Dirk Wedel (FDP)** seine offen gebliebene Frage, wie es dem Flughafen C als einzigem der in der Tabelle auf Seite 217 in Vorlage 18/1511 miteinander verglichenen vier Flughäfen habe gelingen können, bezüglich der kalkulierten Gebühren für die Fluggastkontrolle anscheinend problemlos bei unter 10 Euro pro Person zu bleiben.

RR Nicola Porcnic (MUNV) antwortet, dass am Flughafen C die beschränkte Betriebszeit bei gleichzeitig hohem Passagieraufkommen zu entsprechend niedrigen Kosten geführt hätten. Da sich Flugzeiten an anderen Flughäfen über den gesamten Tag verteilen und insgesamt weniger Fluggäste abgefertigt würden, entstünden dort entsprechend höhere Kosten pro Passagier.

Der Ausschuss stimmt dem Beschlussvorschlag mit den Stimmen aller Fraktionen zu.

- 3 Teil B: Prüfungsergebnisse aus dem Bereich der Landesregierung aus dem Jahresbericht 2023 des Landesrechnungshofs Nordrhein-Westfalen über das Ergebnis der Prüfungen im Geschäftsjahr 2022**
Beitrag 28: Ein neues Verfahren für Bauaufträge beim Bau- und Liegenschaftsbetrieb Nordrhein-Westfalen *(Beschlussvorschlag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP [s. Anlage 3])*

Vorlage 18/1511

Bericht
des Landesrechnungshofs Nordrhein-Westfalen
Vorlage 18/2426

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/2642

– Abstimmung

Der Ausschuss stimmt dem Beschlussvorschlag mit den Stimmen aller Fraktionen zu.

- 4 Teil B: Prüfungsergebnisse aus dem Bereich der Landesregierung aus dem Jahresbericht 2023 des Landesrechnungshofs Nordrhein-Westfalen über das Ergebnis der Prüfungen im Geschäftsjahr 2022**
Beitrag 29: Der Bau- und Liegenschaftsbetrieb Nordrhein-Westfalen auf dem Weg zu einem modernen Immobilienunternehmen *(Beschlussvorschlag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP [s. Anlage 4])*

Vorlage 18/1511

Bericht
des Landesrechnungshofs Nordrhein-Westfalen
Vorlage 18/2427

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/2640

– Abstimmung

Der Ausschuss stimmt dem Beschlussvorschlag mit den Stimmen aller Fraktionen zu.

- 5 Teil B: Prüfungsergebnisse aus dem Bereich der Landesregierung aus dem Jahresbericht 2023 des Landesrechnungshofs Nordrhein-Westfalen über das Ergebnis der Prüfungen im Geschäftsjahr 2022**
Beitrag 30: Mehr Tempo nötig beim Ausbau der Photovoltaik beim Bau- und Liegenschaftsbetrieb Nordrhein-Westfalen *(Beschlussvorschlag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP [s. Anlage 5])*

Vorlage 18/1511

Bericht
des Landesrechnungshofs Nordrhein-Westfalen
Vorlage 18/2428

– Abstimmung

Der Ausschuss stimmt dem Beschlussvorschlag mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP bei Enthaltung der AfD-Fraktion zu.

6 Teil B: Prüfungsergebnisse aus dem Bereich der Landesregierung aus dem Jahresbericht 2023 des Landesrechnungshofs Nordrhein-Westfalen über das Ergebnis der Prüfungen im Geschäftsjahr 2022

Beitrag 32: Besteuerung von Arbeitnehmer/-innen: Fehlerhafte Berücksichtigung von Werbungskosten führt zu Steuerausfällen von circa 22 Millionen Euro jährlich (Beschlussvorschlag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP [s. Anlage 6] und Beschlussvorschlag der Fraktion der SPD [s. Anlage 7])

Vorlage 18/1511

Bericht
des Landesrechnungshofs Nordrhein-Westfalen
Vorlage 18/2429

– Abstimmung

Frank Börner (SPD) meldet angesichts der Formulierung des letzten Satzes im Beschlussvorschlag von CDU, Grünen und FDP Bedenken an, da hierdurch öffentlich bekannt gegeben werde, seitens der Finanzämter zukünftig trotz Steuerbetrugsverdachts in einzelnen Bereichen weniger stark zu prüfen. Eine passendere Formulierung werde im ansonsten inhaltsgleichen SPD-Beschlussvorschlag angeboten.

Er sei bisher von einem interfraktionellen Konsens ausgegangen, so **Simon Rock (GRÜNE)**, wonach sich die Finanzämter angesichts eines begrenzten Personalpools sowie des Fachkräftemangels in ihren Prüfungen auf Bereiche konzentrieren sollten, in denen sie das größte Betrugspotenzial vermuteten. Dies komme durch den Beschlussvorschlag von CDU, Grünen und FDP zum Ausdruck. Die SPD-Fraktion möge eine etwaige alternative Formulierung vorstellen.

Dirk Wedel (FDP) ergänzt, dass CDU, Grüne und FDP mit dem in Rede stehenden letzten Satz im gemeinsamen Beschlussvorschlag auf § 88 Abs. 2 Abgabenordnung rekurrerten, in dem eine Prüfung seitens der Finanzämter unter anderem nach dem Kriterium der Wirtschaftlichkeit angemahnt werde.

Die Formulierung im SPD-Beschlussvorschlag weise den Nachteil auf, nicht an die Finanzverwaltung, sondern an Steuerpflichtige bzw. Steuerberater gerichtet zu sein.

Trotz prinzipieller Einigkeit in der Sache hält **Stefan Zimkeit (SPD)** es nicht für klug, in einem öffentlichen Beschlussvorschlag auf Verschiebungen und damit in einzelnen Bereichen bisweilen reduzierte Prüfungen durch die Finanzämter hinzuweisen. Außerdem bestünden bei besagten Verschiebungen rechtliche Grenzen.

Er plädiere angesichts der nachvollziehbaren Einwände seines Vorredners für eine Alternativformulierung, die den Satzteil „eine korrekte, wirtschaftliche und effiziente Bearbeitung von Steuererklärungen“ beinhalten solle. Hierdurch ließe sich der Konsens in der Sache formulieren, ohne so deutlich werden zu müssen, wie es durch die bisherige Fassung des Beschlussvorschlags von CDU, Grünen und FDP geschehe.

Simon Rock (GRÜNE) betont, dass mit der bestehenden Formulierung weder explizit noch implizit darauf abgestellt werde, in bestimmten Bereichen überhaupt nicht mehr zu prüfen. Vielmehr werde strategisch klug das größte vermutete Betrugspotenzial als Prüfkriterium genannt. Er könne die Einwände der SPD-Fraktion nicht nachvollziehen und bitte um eine Erläuterung des vermeintlichen Problems.

Ausgehend von einem aus dem Bereich der Wirtschaftsprüfung stammenden risikoorientierten Prüfungsansatz und dessen wesentlicher Eigenschaft „Kostenbewusstsein“ präferiert **Dr. Hartmut Beucker (AfD)** den Beschlussvorschlag von CDU, Grünen und FDP.

Der Ausschuss lehnt den Beschlussvorschlag der SPD-Fraktion mit den Stimmen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und AfD gegen die Stimmen der SPD-Fraktion ab.

Der Ausschuss stimmt dem Beschlussvorschlag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und AfD bei Enthaltung der SPD-Fraktion zu.

7 Teil B: Prüfungsergebnisse aus dem Bereich der Landesregierung aus dem Jahresbericht 2023 des Landesrechnungshofs Nordrhein-Westfalen über das Ergebnis der Prüfungen im Geschäftsjahr 2022

Beitrag 33: Besteuerung außerordentlicher Einkünfte: Unzureichende Bearbeitung führt zu Steuerausfallrisiko von mindestens 13,1 Millionen Euro jährlich (Beschlussvorschlag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP [s. Anlage 8] und Beschlussvorschlag der Fraktion der SPD [s. Anlage 9])

Vorlage 18/1511

Bericht
des Landesrechnungshofs Nordrhein-Westfalen
Vorlage 18/2430

– Abstimmung

Frank Börner (SPD) sagt, das unter TOP 6 Diskutierte gelte in ähnlicher Weise auch hier.

Der Ausschuss lehnt den Beschlussvorschlag der SPD-Fraktion mit den Stimmen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und AfD gegen die Stimmen der SPD-Fraktion ab.

Der Ausschuss stimmt dem Beschlussvorschlag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und AfD bei Enthaltung der SPD-Fraktion zu.

Ausschuss für Haushaltskontrolle
18. Sitzung (öffentlich)

11.06.2024
ha

8 Verschiedenes

hier: **Sitzungstermine 2025** (s. Anlage 10)

Im Ausschuss erhebt sich kein Widerspruch gegen die am 29. Mai 2024 den Fraktionen per E-Mail vorgeschlagenen Sitzungstermine für das Jahr 2025.

gez. Anke Fuchs-Dreisbach
stellv. Vorsitzende

10 Anlagen

18.06.2024/19.06.2024

**CDU-Landtagsfraktion
Grüne-Landtagsfraktion
FDP-Landtagsfraktion**

10.06.2024

Sitzung des
Ausschusses für
Haushaltskontrolle
am 11.06.2024

**Beschlussvorschlag zum Beitrag 14
Jahresbericht 2023 LRH NRW über das Ergebnis der Prüfungen im
Geschäftsjahr 2022: Experimentierfreude des Ministeriums nicht
belohnt**

Der Ausschuss begrüßt, dass der Landesrechnungshof (LRH) und das Staatliche Rechnungsprüfungsamt Münster die Baumaßnahme zur Modernisierung des Munitionszerlegebetriebs Hünxe und den Neubau einer Verbrennungsanlage mit Rauchgasreinigung geprüft haben. Der Ausschuss nimmt als zentrales Prüfergebnis zur Kenntnis, dass die Kapazitäten der neu errichteten Thermischen Entsorgungsanlage (TEA) deutlich hinter den Planwerten zurückbleiben und die Anlage nicht wirtschaftlich betrieben werden kann.

Der Ausschuss nimmt zur Kenntnis, dass das Ministerium des Innern (IM) bemüht ist, die Kapazität der Anlage durch verschiedene Maßnahmen zu erhöhen. Der Ausschuss nimmt zudem zur Kenntnis, dass die TEA neben der thermischen Vernichtung von Kampfstoffen auch weitere Funktionen wie die Zerlegung, Ausdüsung und Nachbehandlung von Kampfmitteln übernimmt und die Kapazität der Anlage darum nicht allein an der vernichteten Nettoexplosionsmasse messbar ist.

Der Ausschuss nimmt zur Kenntnis, dass in mehreren Bunkern Munition gelagert werden muss und begrüßt, dass das IM sich bemüht, die Anzahl der benötigten Bunker und damit auch die hohen Fremdanmietungskosten zu reduzieren. Der Ausschuss erwartet hier weiterhin ein stringentes Handeln, um Kosten zu minimieren.

Der Ausschuss begrüßt, dass das IM der Pflicht des Landes zur Entsorgung der im Land aufgefundenen Kampfmittel ihren gebührenden Stellenwert beimisst und ein zur damaligen Zeit innovatives Konzept für eine thermische Entsorgungsanlage entwickelt hat, in der Absicht, dieser Pflicht nachzukommen.

Der Ausschuss nimmt zur Kenntnis, dass die erhofften Produktivitätszuwächse bei der Vernichtung von Kampfstoffen durch die Anlage nicht erreicht werden konnten. Der Ausschuss stellt fest, dass innovative Konzepte nicht immer zu vollster Zufriedenheit umgesetzt werden können. Der Ausschuss begrüßt dennoch, wenn Ministerien Verbesserungen durch die Weiterentwicklung von herkömmlichen Konzepten anstreben. Der Ausschuss erwartet, dass seitens des IM eine intensive Fehleranalyse angestoßen wird, um für zukünftige Projekte die notwendigen Schlüsse zu ziehen. Der Ausschuss erwartet, dass ihm das IM über diese Fehleranalyse berichtet.

Der Ausschuss erwartet zudem, dass das IM eine Strategie erarbeitet, wie mittel- und langfristig die Vernichtung der in Nordrhein-Westfalen aufgefundenen Kampfmittel und deren Wirtschaftlichkeit sichergestellt werden kann. Der Ausschuss regt an, verstärkt mit anderen Bundesländern zu kooperieren.

**CDU-Landtagsfraktion
Grüne-Landtagsfraktion
FDP-Landtagsfraktion**

10.06.2024

Sitzung des
Ausschusses für
Haushaltskontrolle
am 11.06.2024

**Beschlussvorschlag zum Beitrag 25
Jahresbericht 2023 LRH NRW über das Ergebnis der Prüfungen im
Geschäftsjahr 2022: Fluggastkontrollen führen zu vermeidbaren
finanziellen Belastungen des Landes**

Der Ausschuss begrüßt, dass der Landesrechnungshof (LRH) die Erhebung der Gebühren für die Durchführung der Fluggastkontrollen an den Landesflughäfen geprüft hat. Der Ausschuss nimmt als zentrales Prüfergebnis zur Kenntnis, dass die erhobenen Gebühren zum Teil nicht kostendeckend waren.

Der Ausschuss nimmt wohlwollend zur Kenntnis, dass das Ministerium für Umwelt, Naturschutz und Verkehr (MUNV) sich in Verhandlungen im Bundesrat erfolgreich für eine Anhebung der Gebührendeckel eingesetzt hat.

Der Ausschuss begrüßt, dass das MUNV die für die Kalkulation der Luftsicherheitsgebühren maßgebende Verfahrensanleitung überarbeitet hat und sich in einem Fall bemüht, eine Übertragung des Fluggastkontrolldienstes auf den Flughafen zu erreichen.

Der Ausschuss erwartet, dass das MUNV durch angemessene Maßnahmen sicherstellt, dass durch die Durchführung der Fluggastkontrollen keine Kosten für das Land entstehen.

Der Ausschuss bedauert, dass das MUNV keine Vertreterinnen und Vertreter zur Sitzung des Ausschusses am 23.04.2024 entsendet hat und legt dem MUNV nahe, künftig die Beantwortung von Fragen zu Prüfungen in seinem Geschäftsbereich im Rahmen der Ausschussberatungen sicherzustellen.

**CDU-Landtagsfraktion
Grüne-Landtagsfraktion
FDP-Landtagsfraktion**

10.06.2024

Sitzung des
Ausschusses für
Haushaltskontrolle
am 11.06.2024

**Beschlussvorschlag zum Beitrag 28
Jahresbericht 2023 LRH NRW über das Ergebnis der Prüfungen im
Geschäftsjahr 2022: Ein neues Verfahren für Bauaufträge beim Bau-
und Liegenschaftsbetrieb Nordrhein-Westfalen**

Der Ausschuss begrüßt, dass der Landesrechnungshof (LRH) und die Staatlichen Rechnungsprüfungsämter Arnsberg und Köln mit dem Vergabeverfahren „Schlüsselfertige Errichtung mit integrierter Planung“ (SEP) ein neues Verfahren für die Auftragsvergabe des Bau- und Liegenschaftsbetriebs Nordrhein-Westfalen (BLB NRW) für die Planung und Durchführung von Baumaßnahmen geprüft haben.

Der Ausschuss nimmt als zentrales Prüfergebnis zur Kenntnis, dass der BLB NRW bei Ausschreibungsverfahren in der Vergangenheit nicht immer einen ausreichenden Wettbewerb sicherstellen konnte.

Der Ausschuss nimmt zur Kenntnis, dass der BLB NRW durch die Einrichtung der Stabsstelle „Markt und Innovation“ den Wettbewerb in künftigen Vergabeverfahren stärken will.

Der Ausschuss begrüßt die Einhaltung des gesetzten Kostenrahmens für die Planung und Durchführung der Baumaßnahme ausdrücklich.

**CDU-Landtagsfraktion
Grüne-Landtagsfraktion
FDP-Landtagsfraktion**

10.06.2024

Sitzung des
Ausschusses für
Haushaltskontrolle
am 11.06.2024

**Beschlussvorschlag zum Beitrag 29
Jahresbericht 2023 LRH NRW über das Ergebnis der Prüfungen im
Geschäftsjahr 2022: Der Bau- und Liegenschaftsbetrieb Nordrhein-
Westfalen auf dem Weg zu einem modernen
Immobilienunternehmen**

Der Ausschuss begrüßt, dass der Landesrechnungshof (LRH) und das Staatliche Rechnungsprüfungsamt Köln ausgewählte Aspekte der Haushalts- und Wirtschaftsführung des Bau- und Liegenschaftsbetriebs Nordrhein-Westfalen (BLB NRW) geprüft haben. Der Ausschuss nimmt als zentrales Prüfergebnis zur Kenntnis, dass der BLB NRW Schwachstellen bei der Personalbedarfsermittlung aufwies.

Der Ausschuss nimmt zur Kenntnis, dass der BLB NRW die Steuerungskennzahlen zur Personalbedarfsermittlung optimiert.

Der Ausschuss erwartet, dass der BLB NRW die Angemessenheit seiner Eigenleistungsquote überprüft.

Der Ausschuss begrüßt die durchgeführte Prüfung der potenziellen Bedarfe für diverse betriebliche Versicherungen und die angekündigten und durchgeführten Verbesserungen in der Unternehmensfinanzierung, deren strategische Ausrichtung weiter zu optimieren ist.

**CDU-Landtagsfraktion
Grüne-Landtagsfraktion
FDP-Landtagsfraktion**

10.06.2024

Sitzung des
Ausschusses für
Haushaltskontrolle
am 11.06.2024

**Beschlussvorschlag zum Beitrag 30
Jahresbericht 2023 LRH NRW über das Ergebnis der Prüfungen im
Geschäftsjahr 2022: Mehr Tempo nötig beim Ausbau der
Photovoltaik beim Bau- und Liegenschaftsbetrieb Nordrhein-
Westfalen**

Der Ausschuss begrüßt, dass der Landesrechnungshof (LRH) und die Staatlichen Rechnungsprüfungsämter Arnsberg und Köln den Ausbau der Photovoltaik (PV) beim Bau- und Liegenschaftsbetrieb Nordrhein-Westfalen (BLB NRW) geprüft haben.

Der Ausschuss nimmt als zentrales Prüfergebnis zur Kenntnis, dass das Anfangstempo beim PV-Ausbau zu gering war und der BLB NRW das Ausbaupotenzial nicht selbst ermittelt hatte.

Der Ausschuss nimmt zur Kenntnis, dass der BLB NRW verschiedene Maßnahmen ergriffen hat, um das Tempo des PV-Ausbaus zu beschleunigen.

Der Ausschuss begrüßt die angekündigten und durchgeführten Verbesserungen beim PV-Ausbau des BLB NRW und unterstreicht, dass dieser zur Erreichung des Zieles einer Klimaneutralen Landesverwaltung bis 2030 eine Schlüsselrolle einnimmt.

**CDU-Landtagsfraktion
Grüne-Landtagsfraktion
FDP-Landtagsfraktion**

10.06.2024

Sitzung des
Ausschusses für
Haushaltskontrolle
am 11.06.2024

**Beschlussvorschlag zum Beitrag 32
Jahresbericht 2023 LRH NRW über das Ergebnis der Prüfungen im
Geschäftsjahr 2022: Besteuerung von Arbeitnehmer/-innen:
Fehlerhafte Berücksichtigung von Werbungskosten führt zu
Steuerausfällen von circa 22 Millionen € jährlich**

Der Ausschuss begrüßt, dass der Landesrechnungshof (LRH) die Bearbeitung von Werbungskosten in Einkommensteuererklärungen bei sechs Finanzämtern geprüft hat. Der Ausschuss nimmt als zentrales Prüfergebnis zur Kenntnis, dass die Bearbeitung von beinahe einem Drittel der Einkommensteuererklärungen fehlerhaft war.

Der Ausschuss nimmt zur Kenntnis, dass der Landesrechnungshof dem Ministerium der Finanzen (FM) konkrete Empfehlungen zu einer Verbesserung der Bearbeitungsqualität gegeben hat.

Der Ausschuss begrüßt, dass das FM die Empfehlungen umgesetzt hat oder mit der Umsetzung begonnen hat.

Der Ausschuss stellt fest, dass die korrekte Bearbeitung von Steuererklärungen im Interesse der Allgemeinheit ist und Steuerausfälle durch fehlerhafte Bearbeitungen möglichst vermieden werden müssen. Der Ausschuss stellt aber auch fest, dass die Finanzämter unter Beachtung der einschlägigen Vorschriften der Abgabenordnung ihr Personal strategisch klug in den Bereichen einsetzen müssen, bei dem sie das größte Betrugspotenzial vermuten und den größten Nutzen erzielen können.

Fraktion der SPD**04.06.2024**

Sitzung des
Ausschusses für
Haushaltskontrolle
am 11.06.2024

**Beschlussvorschlag zum Beitrag 32
Jahresbericht 2023 LRH NRW über das Ergebnis der Prüfungen im
Geschäftsjahr 2022: Fehlerhafte Berücksichtigung von
Werbungskosten führt zu Steuerausfällen von circa 22 Millionen
jährlich**

Der Ausschuss begrüßt die Prüfung des Landesrechnungshofs bei sechs Finanzämtern der Bearbeitung von Werbungskosten in Einkommenssteuererklärungen. Der Ausschuss nimmt zur Kenntnis, dass dem Land aufgrund von fehlerhafter Bearbeitung von knapp einem Drittel der Einkommenssteuererklärungen mit Werbungskosten über 5.000 € dem Land voraussichtlich ein zweistelliger Millionenbetrag entgangen ist.

Der Ausschuss nimmt zur Kenntnis, dass der Landesrechnungshof dem Ministerium der Finanzen konkrete Maßnahmen zur Verbesserung der Bearbeitungsqualität empfohlen hat.

Der Ausschuss begrüßt die Umsetzung dieser Maßnahmen seitens des Ministeriums der Finanzen.

Der Ausschuss betont, dass die korrekte Bearbeitung von Steuererklärungen im Interesse der Allgemeinheit ist und Steuerausfälle aufgrund einer fehlerhaften Bearbeitung vermieden werden müssen. Ungenauigkeiten bei der Abgabe von Steuererklärungen sollten unterbleiben; dies gilt insbesondere dann, wenn dem Land dadurch ein erheblicher Schaden im Steueraufkommen entsteht.

**CDU-Landtagsfraktion
Grüne-Landtagsfraktion
FDP-Landtagsfraktion**

10.06.2024

Sitzung des
Ausschusses für
Haushaltskontrolle
am 11.06.2024

**Beschlussvorschlag zum Beitrag 33
Jahresbericht 2023 LRH NRW über das Ergebnis der Prüfungen im
Geschäftsjahr 2022: Besteuerung außerordentlicher Einkünfte:
Unzureichende Bearbeitung führt zu Steuerausfallrisiko von
mindestens 13,1 Millionen € jährlich**

Der Ausschuss begrüßt, dass der Landesrechnungshof (LRH) und das Staatliche Rechnungsprüfungsamt für Steuern die Besteuerung außerordentlicher Einkünfte geprüft hat. Der Ausschuss nimmt als zentrales Prüfergebnis zur Kenntnis, dass die Bearbeitung von mehr als einem Fünftel der geprüften Fälle fehlerhaft war.

Der Ausschuss nimmt zur Kenntnis, dass der Landesrechnungshof dem Ministerium der Finanzen (FM) konkrete Empfehlungen zu einer Verbesserung der Bearbeitungsqualität gegeben hat.

Der Ausschuss begrüßt, dass das FM die Empfehlungen umgesetzt hat oder mit der Umsetzung begonnen hat.

Der Ausschuss stellt fest, dass die korrekte Bearbeitung von Steuererklärungen im Interesse der Allgemeinheit ist und Steuerausfälle durch fehlerhafte Bearbeitungen möglichst vermieden werden müssen. Der Ausschuss stellt aber auch fest, dass die Finanzämter unter Beachtung der einschlägigen Vorschriften der Abgabenordnung ihr Personal strategisch klug in den Bereichen einsetzen müssen, bei dem sie das größte Betrugspotenzial vermuten und den größten Nutzen erzielen können.

Fraktion der SPD**04.06.2024**

Sitzung des
Ausschusses für
Haushaltskontrolle
am 11.06.2024

**Beschlussvorschlag zum Beitrag 33
Jahresbericht 2023 LRH NRW über das Ergebnis der Prüfungen im
Geschäftsjahr 2022: Besteuerung außerordentlicher Einkünfte:
Unzureichende Bearbeitung führt zu Steuerausfallrisiko von
mindestens 13,1 Millionen € jährlich**

Der Ausschuss begrüßt die Prüfung des Landesrechnungshofs und des Staatlichen Rechnungsprüfungsamtes für Steuern in 20 Finanzämtern der Besteuerung außerordentlicher Einkünfte. Der Ausschuss nimmt zur Kenntnis, dass dem Land aufgrund von fehlerhafter Bearbeitung von mehr als einem Fünftel der Einkommenssteuererklärungen dem Land voraussichtlich ein zweistelliger Millionenbetrag entgangen ist.

Der Ausschuss nimmt zur Kenntnis, dass der Landesrechnungshof dem Ministerium der Finanzen konkrete Maßnahmen zur Verbesserung der Bearbeitungsqualität empfohlen hat.

Der Ausschuss begrüßt die Umsetzungen und Umsetzungsvorhaben dieser Maßnahmen seitens des Ministeriums der Finanzen.

Der Ausschuss betont, dass die korrekte Bearbeitung von Steuererklärungen im Interesse der Allgemeinheit ist und Steuerausfälle aufgrund einer fehlerhaften Bearbeitung vermieden werden müssen. Ungenauigkeiten bei der Abgabe von Steuererklärungen sollten unterbleiben; dies gilt insbesondere dann, wenn dem Land dadurch ein erheblicher Schaden im Steueraufkommen entsteht.

**Landtag Nordrhein-Westfalen****Anke Fuchs-Dreisbach MdL**stellvertretende Vorsitzende
des Ausschusses für Haushaltskontrolle

Landtag Nordrhein-Westfalen • Postfach 10 11 43 • 40002 Düsseldorf

Telefon: (0211) 884-2903/2578

Fax: (0211) 884-3311/3002

E-Mail: anke.fuchs-dreisbach
@landtag.nrw.de

Düsseldorf, Juni 2024

Übermittlung ausschließlich per E-MailOrdentliche und stellvertretende Mitglieder
des Ausschusses für HaushaltskontrolleReferenten und Referentinnen
der Fraktionen

Sitzungsdokumentarischer Dienst

- im Hause -

nachrichtlich:Landesrechnungshof
des Landes Nordrhein-Westfalen
Referat für Kollegial- und Presseangelegenheiten
Konrad-Adenauer-Platz 13
40210 Düsseldorf**Sitzungen des Ausschusses für Haushaltskontrolle in 2025**Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,
sehr geehrte Damen und Herren,

nachfolgend übermittele ich Ihnen den zwischen den Fraktionen abgestimmten Sitzungsplan des Ausschusses für das Jahr 2025 mit der Bitte um Berücksichtigung. Der Sitzungsbeginn ist - soweit es nicht im Plan anders vermerkt ist - jeweils um 14.00 Uhr und das Sitzungsende ist für 15.30 Uhr beschlossen. Im Bedarfsfall wird der Sitzungsbeginn auf 13.30 Uhr verschoben werden.

Für 2025 sind bis dato folgende Sitzungstage vorgesehen:

28. Januar 2025
18. Februar 2025
25. März 2025
20. Mai 2025
3. Juni 2025 (Bedarftermin)
8. Juli 2025

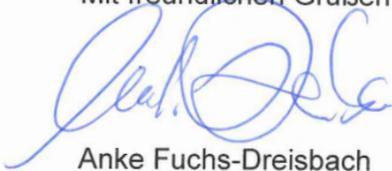
- 2 -

16. September 2025
7. Oktober 2025
4. November 2025
16. Dezember 2025

Aufgrund von aktuellen Ereignissen notwendige zusätzliche Sitzungen des Ausschusses werden kurzfristig geplant. Eine Information hierüber erfolgt dann umgehend.

Ich bitte Sie um Vormerkung der o.e. Sitzungstermine.

Mit freundlichen Grüßen



Anke Fuchs-Dreisbach